



Berlin-Report vom 17.05.2013

Die Alternativen werden klar

Hinter uns liegt die viertletzte Sitzungswoche der Wahlperiode. Wir haben wichtige Entscheidungen bei der Bankenregulierung getroffen, uns um die Neuausrichtung der Bundeswehr gekümmert, das Gesetz für die Suche nach einem atomaren Endlager auf den Weg gebracht, die erfolgreiche Mission zur Pirateriebekämpfung vor den Küsten Somalias fortgesetzt und die Kinder- und Jugendhilfe vereinfacht – kurz: Wir arbeiten weiter an den kleinen und großen Themen, um Deutschland und seine Menschen weiter voranzubringen.

Schon vor Ende der Wahlperiode ist klar: Es waren vier gute Jahre für unser Land. Unser Ziel ist und bleibt, dass auch Europa nach der Krise besser dastehen soll als zuvor. Deswegen arbeiten wir weiter unbeirrt an der Verbesserung und Durchsetzung der Regeln für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität in Europa. Wir wollen nicht, dass sich Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir wollen auch nicht, dass Schulden der Vergangenheit in Europa vergemeinschaftet werden. Und wir wissen, dass Europa mehr ist als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist ein Kontinent der Freiheit, der Demokratie, des Rechts – also eine Wertegemeinschaft, die man nicht um kurzfristiger politischer Vorteile willen aufs Spiel setzen darf.

Während wir weiter mit Augenmaß für unser Land arbeiten, ist die Opposition längst im Wahlkampfmodus. Auch die Wahrheit über die rot-grünen Steuerpläne kommt Stück für Stück ans Licht. Immer mehr Experten und Bürger rechnen nach und merken, dass bei weitem nicht nur Spitzenverdiener und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen. Die Belastungen würden weite Teile der Mittelschicht treffen, nicht einmal Familien würden geschont. Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zuerst einmal alle 82 Millionen Bundesbürger flächeneckend auf Vermögen überprüfen. Auch das verschweigen SPD und Grüne.

Neid und Missgunst spalten die Gesellschaft. Wir wollen zusammenführen. Die Alternativen werden klar.

Neue Grundordnung für Banken steht

In dieser Woche haben wir nicht weniger als eine neue Grundordnung für Banken beschlossen. Nach intensiven Vorarbeiten verleihen wir unserer Überzeugung gesetzlich Nachdruck, wonach Haftung und Verantwortung auch an den Finanzmärkten nicht umgangen werden dürfen. Wir treten damit entschieden für die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft ein.

Im Zentrum steht die Umsetzung der international verhandelten Basel-III-Regeln mit ihren schärferen Finanzierungsvorschriften sowie stärkeren Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten. Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte haben sich höheren Qualitätsanforderungen zu stellen. Auch werden variable Vergütungen gedeckelt, um Auswüchse zu begrenzen.

Ein weiterer wichtiger Baustein in unserer Bankenregulierungspolitik ist die Verabschiedung eines nationalen Trennbankengesetzes. Wir sorgen damit für eine verbesserte Abschirmung des Kundengeschäfts von Risiken aus spekulativen Geschäften. Zudem müssen die Banken Pläne für ihre eigene Sanierung und Abwicklung vorweisen, sogenannte Bankentestamente. Das Argument, eine Bank sei zu groß oder zu vernetzt für eine Insolvenz, verliert an Bedeutung. Damit verleihen wir dem internationalen Regulierungsprozess weitere Impulse.

Eine neu ausgerichtete Bundeswehr für ein verantwortungsbereites Deutschland

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr belegen wir erneut den Gestaltungswillen und die Gestaltungsfähigkeit der christlich-liberalen Koalition.

Im Mittelpunkt der Umgestaltung stehen die Sicherheit und die Bedürfnisse unserer Soldaten und des zivilen Personals der Streitkräfte. Die Neuausrichtung folgt dabei überzeugenden Zielen. Sie ist kein einfaches Unterfangen und sorgt doch als Reform an Haupt und Gliedern der Streitkräfte dafür, dass Deutschland trotz demographischem Umbruch, dem dadurch bedingten Aussetzen der Wehrpflicht und finanziellen Herausforderungen auch in Zukunft sicherheitspolitisch handlungsfähig und ein verlässlicher Bündnispartner ist.

Denn: Die Welt von morgen wird nicht von selbst zu dem sicheren Ort werden, den wir alle uns nach dem Ende des kalten Krieges erhofft hatten. Wir werden die Bundeswehr entschlossen und zielgerichtet so ausstatten und anpassen, dass sie den neuen Gefahren dieser Zeit begegnen kann. Eine langfristige Aufgabe, die Ausdauer verlangt. Und doch ist die Bundeswehr bei diesem Langstreckenlauf auf gutem Wege.

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

In dieser Woche haben wir auch die Reform des Verkehrszentralregisters verabschiedet. Es wird nun einfacher, transparenter und verhältnismäßiger gestaltet. Wir tragen unter anderem Sorge dafür, dass Eintragungen auf verkehrssicherheitsrelevante Verstöße beschränkt werden. Mit einem neuen Bewertungssystem und den neuen, dem Stand des Wissens entsprechenden Fahreignungsseminaren verbessern wir die Verkehrssicherheit. Wie bisher ist es möglich, in Fahreignungsseminaren zu einer Verringerung von Punkten im Zentralregister beizutragen.

>>> Mehr Informationen zur Reform finden Sie [hier](#) auf den Seiten des Verkehrsministeriums.

Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und Stärkung der Gläubigerrechte

Nach einem Fehlstart sollen Gründer eine zweite Chance erhalten. Wir haben den gesetzlichen Rahmen hierfür verabschiedet. Im Wesentlichen wird die Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens von derzeit sechs auf drei Jahre halbiert, sofern der Schuldner innerhalb dieses Zeitraumes zumindest einen Teil der Insolvenzforderung erfüllt hat. Neben diesem zentralen Element sieht der Gesetzentwurf eine Reihe von Änderungen vor, durch die das Restschuldbefreiungs- und das Verbraucherinsolvenzverfahren flexibler, effektiver und weniger aufwändig gestaltet werden soll.

Euro hilft Deutschland mehr als die D-Mark

Eine aktuelle Berechnung der Prognos AG hat zum Ergebnis, dass Beschäftigung und Wirtschaftswachstum hierzulande in erheblichem Maße vom Euro profitieren. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre demnach wirtschaftlich schädlich. Ohne den Euro, d.h. im Fall der Rückkehr zu einer eigenen Währung, würde laut Prognos AG das Wachstum in Deutschland jedes Jahr rund 0,5 Prozentpunkte geringer ausfallen. Werden die Wachstumsvorteile der Euro-Mitgliedschaft zwischen 2013 und 2025 hingegen aufaddiert, ergibt sich daraus für Deutschland ein Gewinn in Höhe von fast 1,2 Billionen Euro.

Nicht zuletzt trägt dazu die Stabilität des Euro im Vergleich zur D-Mark bei: Während die Verbraucherpreise zu D-Mark-Zeiten um durchschnittlich 2,7 Prozent im Jahr stiegen, liegt die durchschnittliche Teuerungsrate seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 bei 1,5 Prozent.

Exil-Oberberger trafen sich in Berlin



Schon traditionell veranstalte ich zweimal im Jahr den Oberberg-Abend in Berlin. Dazu lade ich Oberberger, die in Berlin leben ein. Diesmal besuchten wir das Auswärtige Amt und kamen danach zum gemütlichen Austausch in einer Kölsch-Kneipe zusammen. Ich freue mich sehr, dass rund 30 Oberberger meiner Einladung gefolgt sind.

Verantwortliche Ansprechperson:

Klaus-Peter Flosbach MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

E-Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de

Web: www.klaus-peter-flosbach.de

Facebook: www.facebook.com/pages/Klaus-Peter-Flosbach/129281287253101?fref=ts